

# Freiberger Anzeiger

und

## Tageblatt.

Amtsblatt des Kgl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Kgl. Gerichtsämter u. der Stadträthe zu Freiberg, Sayda u. Brand.

№ 217.

Erscheint jeden Wochentag früh 9 U.  
Inserate werden bis Nachm. 3 Uhr  
für die nächste Nr. angenommen.

Montag, den 18. September

Preis vierteljährl. 20 Ngr. Inserate  
werden die gespaltene Zeile oder deren  
Raum mit 5 Pf. berechnet.

1865.

### Tagesgeschichte.

**Berlin.** Die officiöse „Russische Corresp.“ erklärt sich über die „Situation“ wie folgt: „Das Gastein-Salzburger Uebereinkommen zwischen Preußen und Oesterreich hat uns keineswegs überrascht. Niemand glaubte hier an einen Krieg zwischen den deutschen Mächten; wohl aber nahm man an, daß Preußen seine Zwecke erreichen würde. Mag man auch sagen, die Herzogthümerfrage sei doch nicht endgiltig gelöst und lasse noch manche Zwischenfälle erwarten, nichtsdestoweniger hat Herr v. Bismarck einen bedeutenden Schritt zur Erreichung des Ziels seines Ehrgeizes gethan. Die in Europa ziemlich allgemein verbreitete Ansicht, als danke Herr v. Bismarck seine Erfolge der wegen der polnischen Frage ihm zu Theil werdenden Unterstützung der russischen Politik, ist nicht stichhaltig. Denn eine polnische Frage, wie gewisse Blätter sie verstehen, giebt's nicht mehr und nur von dem Werke der Organisation und Verschmelzung Polens kann die Rede sein, einem Werke, das Rußland allein unternommen hat und ohne jede fremde Hilfe zu Ende führen wird. Unfre Regierung hatte keinen Verbündeten zu erkaufen, indem sie ein Interesse ersten Ranges aufgab. Wenn dies geschah, wenn eine benachbarte Großmacht jetzt zu unserm Nachtheil eine Flotte zu schaffen im Stande ist, die bald der unsrigen gleichkommen dürfte und die Schlüssel zum baltischen Meere besitzt, so ist das eins der Schicksale, die zuweilen Völker über sich ergehen lassen müssen. Rußland, mitten in innern Reformen begriffen, die so wesentlich seinen Zustand ändern, bedarf des Friedens, und bei der Wahl zwischen den Gefahren von einer zu schaffenden großen preussischen Flotte und einer Einmischung in die deutschen Angelegenheiten hatte es sich für die erstere als die entferntere zu entscheiden. Bei dieser Lage der Dinge, deren Tragweite wir nicht verkennen, ist eine vollständige Assimilirung der Ostseeprovinzen eine gebieterische Pflicht. Gegen den uns bedrohenden, immer mehr wachsenden Germanismus bedürfen wir fester und starker Grenzen. Zum Glück hat die Armee ihre Reorganisation beendigt und die Verwaltung verfolgt die ihrige mit eben so viel Eifer als Erfolg.“

**Görlitz, 13. Sept.** (Schl. 3.) Der Abgeordnete Dr. Paur, welcher wegen Schmähung und Beleidigung der Regierung in einem seiner Wochenberichte an seine Wähler angeklagt war, ist auf Grund des §. 38 des Preßgesetzes nach glänzender Selbstverteidigung freigesprochen worden.

**Köln, 13. Sept.** Der rheinische Moniteur der piemontesischen Regierung, die „Köln. Ztg.“, bringt folgende merkwürdige Enthüllung: Preussischer Seite hat man vor der Monarchenzusammenkunft in Gastein in Florenz angefragt: „welche Haltung wohl die italienische Regierung für den Fall eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen zu beobachten gedenke.“ Graf Lamarmora ließ auf die vertrauliche Anfrage antworten: „daß Italiens Regierung keinen Anstand nehmen würde, sich an einem Kriege gegen Oesterreich zu betheiligen. Schon die öffentliche Meinung würde jede andere Politik unmöglich machen. Doch Italien würde sich nur dann entscheiden, nachdem es sich überzeugt habe, daß die Würfel unwiderruflich gefallen seien.“

**Kiel, 15. Sept.** Die „Kl. Ztg.“ meldet, daß eine Versammlung hiesiger Hauseigentümer eine Eingabe an den Magistrat beschlossen hat, in der sie sich bereit erklären, die Truppenverpflegung bis zum 1. October freiwillig zu übernehmen. Die Besatzung für Friedrichsort ist hier eingetroffen. — Die Antrittsproclamation des kaiserlich österreichischen Statthalters in Holstein, FML. Freiherrn v. Gablenz, ist erschienen. Es heißt in derselben u. A.:

„Ich hoffe als kaiserl. Statthalter auf dasselbe Entgegenkommen, welches die kaiserlichen Fahnen fanden. Mit voller Zuversicht zähle ich auch diesmal auf Euren erprobten und besonnenen Charakter und auf Euren Sinn für Gesezlichkeit. Diese zuversichtliche Hoffnung erleichtert mir die Uebernahme meiner jetzigen Mission, deren Schwierigkeiten ich nicht verkenne; Schwierigkeiten, die jedoch durch Eure ruhige und von wahren Patriotismus befeelte Haltung überwunden werden können. Mit aller Entschiedenheit will ich meinerseits die unter Euch so hoch ausgebildete Selbstverwaltung aufrecht erhalten und vor Allem Landeskindern dabei mitwirken lassen. Ich verspreche Euch gewissenhafte Anwendung der bestehenden Geseze, möglichste Förderung Eures geistigen und materiellen Wohles, energischen und schnellen Vollzug der Administration, sowie strenge Handhabung einer unparteiischen Rechtspflege. Den Befugnissen einer entscheidenden Politik fernstehend, befeelt mich allein der Gedanke, jedem Parteigetriebe fremd, unablässig nur die Entwicklung der Landeswohlthat anzustreben und, durch das Vertrauen der Bevölkerung gestützt, den berechtigten Wünschen derselben entgegenzukommen.“

**Ragaburg, 15. Sept.** Ein Patent Sr. Majestät des Königs von Preußen, gegengezeichnet von Herrn v. Bismarck, nimmt, in Erfüllung des von der lauenburgischen Landesvertretung ausgesprochenen Wunsches, von Lauenburg Besitz, fügt dem königlichen Titel den eines Herzogs von Lauenburg hinzu, verspricht, wohl-erworbene Rechte zu schützen, und ernennt den Minister des Auswärtigen und Ministerpräsidenten v. Bismarck zum Minister des Königs für Lauenburg. Derselbe soll die Regierung dieses Herzogthums nach den in demselben bestehenden Gesezen führen. Außerdem bestätigt das königliche Patent alle Beamte, welche den Eid der Treue geleistet haben, beauftragt den Grafen Arnim-Boitzenburg mit der Besitzergreifung des Landes und behält die Erbthuldigung bis zu dem Zeitpunkte vor, wo es dem Könige möglich sei, dieselbe in eigner Person entgegen zu nehmen.

**Flensburg, 15. Sept.** Die „Norddeutsche Zeitung“ veröffentlicht in einem Extrablatt eine Proclamation des Generalleutnants v. Manteuffel vom heutigen Tage, in welcher es heißt:

„Durch den Gasteiner Vertrag seid Ihr einer besonderen Verwaltung unter der Autorität des Königs von Preußen überwiesen. Die preussische Verwaltung schließt den Gedanken der Gerechtigkeit, der öffentlichen Ordnung und der Beförderung allgemeiner Wohlfahrt in sich. Indem ich das Gouvernement übernehme, verspreche ich Berücksichtigung Eurer Interessen, und erwarte den Befehlen Sr. Majestät des Königs gegenüber Gehorsam.“

Freiherr v. Zedlitz, der unter Oberleitung des Generalleutnants v. Manteuffel die Civilverwaltung führt, macht bekannt, daß die Regierung Schleswigs in vier Sectionen zerfalle; das Innere erhalte Rumohr, den Cultus Rathgen, das Militärwesen Nichthofen; für die Finanzen, deren Chef später ernannt werden solle, würden vorläufig drei Bureaux gebildet werden und zwar für das Zoll- und Telegraphenwesen in Flensburg und für das Postwesen in Schleswig. Den drei Bureaux werden die bisherigen Chefs vorstehen.

**Brüssel, 12. Sept.** (Dr. 3.) Die Existenz einer französischen Circulardepeche an die kaiserlichen diplomatischen Agenten im Auslande über die Gasteiner Convention bestätigt sich vollkommen. Das Circular, für dessen Authenticität wir einstehen können, lautet in wortgetreuer Uebersetzung wie folgt:

Paris, 29. August 1865.

„Die Zeitungen haben uns den Text der Gasteiner Convention gebracht. Ich habe nicht die Absicht, die Stipulationen derselben im Einzelnen zu prüfen; aber es ist nicht ohne Interesse, nach den Be-